



Bundespersonalvertretungswahlen 2009

Öffentlich Bedienstete in Krisenzeiten offensiv vertreten
Für eine partei- und regierungsunabhängige
Interessensvertretung
Personalvertretung + Gewerkschaft

Pressegespräch
mit KandidatInnen der UGÖD
Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD

10.11.2009, um 10:00 Uhr
Cafe Eiles
Josefstädter Strasse 2,
1080 Wien

TeilnehmerInnen:
Reinhart Sellner, Vorsitzender der UGÖD, ZA-Kandidat AHS-Lehrer,
Ilse Sirinek, Vorsitzende der UGÖD, Kandidatin BMUKK
Ingo Hackl, ZA-Kandidat Ministerium für Landesverteidigung + Sport
Gabriele Bogdan, ZA-Kandidatin PflichtschullehrerInnen/Wien
Karl Leibl, ZA-Kandidat Pädagogische Hochschulen
u.a.

Keine Angst vor Reformen :
Her mit der Bildungsmilliarde!
Öffentliche Dienste ausbauen – Arbeitsplätze schaffen:
Wo bleibt das Konjunkturpaket
Bildung, Soziales und Öffentlicher Dienst!

Personalvertretungswahlen und Gewerkschaft

Am 25. und 26. November 2009 wählen die öffentlichen Bediensteten und die BeamtInnen/Vertragsbediensteten der Ausgegliederten Bereiche ihre Personalvertretungen: **Dienststellenausschüsse** an der Basis, **Fachausschüsse** auf Landesebene, **Zentralausschüsse** auf Bundesebene (nur Landesbedienstete haben ihre Zentralausschüsse beim jeweiligen Bundesland).

Bei den Personalvertretungswahlen werden auch die Stärkeverhältnisse in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst ermittelt¹. Die Personalvertretungswahlen 2004 haben zwar Verluste der FCG/ÖVP-Fraktion und der AUF/FPÖ bzw. Zugewinne der FSG/SPÖ-Fraktion und der UGÖD gebracht, aber die „schwarze“ Mehrheit in der GÖD konnte sich mit 50,7% der Stimmen noch einmal behaupten. Die Listen mit dem Zusatz –UG wurden in Bereichen, wo sie antraten, teilweise mehr als 25% und wurden zweitstärkste Fraktion in den ZA der BundeslehrerInnen (AHS, BMHS).

	2004			Differenz 2004 :1999	
	Stimmen	%		Stimmen	
Wahlberechtigte	232.078			-29.953	
Wahlbeteiligung		83, 46%			
Gültige Stimmen	185.130		ZA-Mandate	-25.121	ZA-Mandate
ÖAAB/FCG	92.696	50,07	176	-20.502	-25
FSG	64.212	34,68	115	+ 2.261	+16
UG	18.212	9,79	20	+5.080	+7
AUF/FPÖ	6.998	3,78	5	-9.140	-7
Sonstige	3.101	1,68	25	-2820	-1

Die Diskrepanz Stimmen-/Mandatsverhältnis ergibt sich aus der unterschiedlichen Größe der ZA und aus den unterschiedlichen Beschäftigtenzahlen in den verschiedenen ZA-Bereichen



Parteiunabhängig und unabhängig von BundesministerInnen und Landeskaisern – Aktiv für die Interessen der KollegInnen, für hochwertige und allgemein zugängliche öffentliche Dienste

¹ Eigene Gewerkschaftswahlen gibt es, gleichzeitig mit den PV-Wahlen, nur bei den AHS- und BMHS-LehrerInnen, in allen anderen Bereichen sind die Stimmenverhältnisse der PV-Wahlergebnisse Basis für die Zusammensetzung der Gewerkschaftsgremien der GÖD.

Für eine partei- und regierungsunabhängige Personalvertretung + Gewerkschaft

Die ÖVP-FPÖ-Regierungskoalition hat nach 2000 den Kurs einer neoliberalen „Budgetsanierung“ auf Kosten der öffentlichen Dienste + der öffentlich Bediensteten, beschleunigt fortgesetzt. **Personaleinsparungen** trotz zunehmender Aufgaben, **Überlastung** der verbleibenden KollegInnen, forcierte **Ausgliederungen**, und im Bereich der Exekutive (über 30.000 Wahlberechtigte) die Zusammenlegung Polizei/Gendarmerie + **parteiliches Einfärben** haben der FCG nach eigener Einschätzung Stimmen gekostet. 2009 hofft sie darauf, dass die FSG/SPÖ ihren Oppositions-Bonus wieder verlieren wird. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen, die 2006 noch einmal mit undemokratischen Rechenkunststücken aus dem Vorstand der GÖD ausgegrenzt und damit auch um die Fraktionsanerkennung in der GÖD, gebracht wurden, spielen im Wahlkampf 2009 der großkoalitionär kooperierenden Fraktionen FCG und FSG keine Rolle. Die **UGöD-Kritik am Zustand der GÖD und ihre Forderungen nach ausreichender Finanzierung der öffentlichen Dienste + entsprechender Neu-orientierung der Budget- und Steuerpolitik** wird nach Möglichkeit ignoriert.

Für die Unabhängigen Gewerkschafterinnen in der GÖD ist die absolute und oft absolutistisch ausgelebte Dominanz der FCG/ÖVP 2009 keine ausgemachte Sache. Viele KollegInnen sind mit den Resultaten der letzten 5 Jahre schwarzer Stellvertreterpolitik nicht einverstanden und auch nicht bereit, in der Vermischung von Interessens-, Dienstgeber- und Parteipolitik einen Vorteil für Arbeitsbedingungen, Arbeitsplätze und Einkommen im öffentlichen Dienst zu sehen – persönliche Karrierevorteile aufgrund dieser Vermischung hat nur eine kleine Minderheit.

ZA-Kandidaturen und KandidatInnenkreis der UGöD konnten 2009 weiter vergrößert werden. Dabei hat sich beim Einbringen der Kandidaturen gezeigt, dass es viele UnterstützerInnen für UG-Kandidaturen gibt, während der Bereitschaft zur Kandidatur immer noch Ängste vor parteipolitisch oder obrigkeitsstaatlich motivierten Repressionen gegenüberstehen. Weniger als 2004, aber immer noch zu viele.

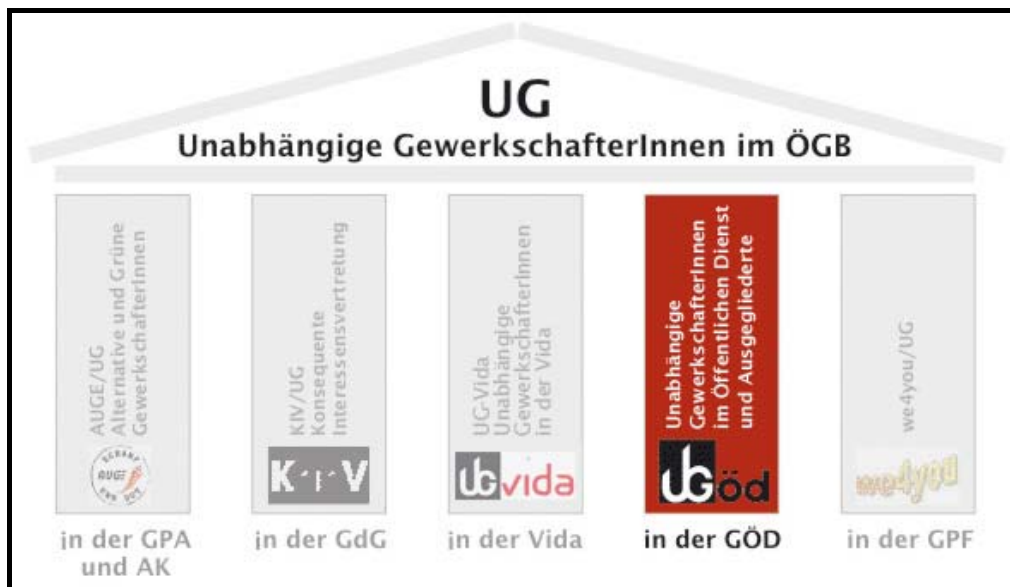
**Öffentliche Dienste ausbauen – Arbeitsplätze schaffen:
Her mit einem Konjunkturpaket
Bildung, Soziales und Öffentlicher Dienst!**

UGÖD

<http://www.ug-oegb.at/ugod/>

Parteiunabhängig?

Die "Unabhängigen GewerkschafterInnen und Ausgegliederten in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst" (UGÖD) sind eine von sämtlichen politischen Parteien unabhängige Organisation mit der Zielsetzung, die Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in den ausgegliederten Betrieben zu fördern und die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen zu verbessern. Wir treten für eine umfassende Demokratisierung der Gewerkschaft, der Arbeitswelt und der Gesellschaft ein und streben den Abbau aller ausbeuterischen, patriarchalen und lebensfeindlichen Verhältnisse der Menschen zueinander an. Wir sind in Personalvertretungen, Betriebsräten und in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst aktiv. Wir setzen uns ein für: Erhalt des öffentlichen Eigentums und Ausbau der öffentlichen Dienste; Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frauen.



Auf Listen der **UGÖD** kandidieren KollegInnen, die keiner Partei angehören, Grüne, engagierte Christen, ehemalige ÖVP-lerInnen, SPÖ-Mitglieder, einige KommunistInnen - Die UG-Listen verstehen sich als **bunte, überparteiliche und von keiner Partei zu vereinnahmende Zusammenschlüsse von InteressensvertreterInnen**. Im ÖGB und AK sind die Unabhängigen gewerkschafterInnen als Fraktion anerkannt und sind die drittstärkste Gruppierung.

Die UG ist finanziell, personell und politisch unabhängig. Die Stärke der UG kommt von den KollegInnen in den Dienststellen und Betrieben, vom konsequenten Engagement der UG-PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen und nicht vom Wohlwollen einer Regierungspartei. Wie brüchig diese Art von „Stärke“ sein kann, haben Pensionsreformen (aktuell der ÖVP-Vorstoß „Hackler-Regelung“), Privatisierungen, Personalabbau, Sparpakete, Abbau von DienstnehmerInnenrechten gezeigt.

ZA-Kandidaturen mit dem Zusatz –UG/Unabhängige GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst + Ausgegliederte

UG-Kandidaturen bei den **Pflichtschul- AHS- und BHS-LehrerInnen** (insgesamt über 120.000 DienstnehmerInnen), im **Umwelt-, Sozial-, Unterrichts- und Wissenschaftsministerium** (diesmal mit den bei der Ausgliederung „übernommenen“ und noch nicht privatwirtschaftlich angestellten BeamtInnen und Vertragsbediensteten der Universitäten)
Erstmals kandidieren UG-Listen auch im Ministerium für **Landesverteidigung** (über 20.000 Wahlberechtigte), im Ministerium für **Land-, Forst- und Wasserwirtschaft**, im **Wirtschaftsministerium**, in der **Tiroler Finanzverwaltung** auf Landesebene, an **Berufsschulen** und an den **Pädagogischen Hochschulen**, wo sich Studierende den Uni-Forderungen nach grundlegenden Verbesserungen ihrer Bildung und Ausbildung angeschlossen haben.



Rückfragehinweis:

Reinhart Sellner, UGöD

Tel: 0676/343 75 21 – 0676/3437521 - reinhart.sellner@gmx.at

Internet: www.ugoed.at

derstandard.at, 10.11.09:

Personalvertretungswahlen

Unabhängige Gewerkschaft: Brauchen mehr Beamte

10. November 2009, 13:28



UG-Vorsitzender Reinhard Sellner: Brauchen Finanzspritze für Bildung, Soziales und Öffentlichen Dienst.

"Unabhängige" wollen in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zulegen

Wien - Die Unabhängigen Gewerkschafter (UG) in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst fordern ein Konjunkturpaket auch für die Bereiche Bildung, Soziales und Öffentlicher Dienst. Im Gegensatz zu dem seit Jahren laufenden Personalabbau müssten zusätzliche Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst geschaffen werden, verlangte der UG-Vorsitzende Reinhard Sellner. Bei den Personalvertretungswahl des Bundes am 25. und 26. November wollen die Unabhängigen Gewerkschafter mehr als die 9,5 Prozent vom letzten Mal erreichen.

Öffentlichen Dienst ausbauen

In den letzten Jahren sei unter der Prämisse eines effizienteren Öffentlichen Dienstes immer mehr Personal eingespart worden, zahlreiche Bereiche habe man ausgegliedert. Das schade auch der Qualität des Öffentlichen Dienstes, beklagte Sellner: "Es geht so nicht weiter." Wie ein Konjunkturpaket konkret aussehen soll, konnte der UG-Vorsitzende nicht im Detail erläutern, klar ist für ihn aber, dass Arbeitsplätze geschaffen und die öffentlichen Dienste ausgebaut werden müssten. Auch für die Universitäten sei eine Bildungsmilliarde notwendig. Klar sei: Der Druck auf die öffentlich Bediensteten werde in den nächsten Jahren noch weiter steigen. (APA)

